



KASSENZAHNÄRZTLICHE VEREINIGUNG MECKLENBURG-VORPOMMERN

Körperschaft des öffentlichen Rechts



Pressemitteilung

Schwerin, 1. Juni 2023

Startschuss für die Bundeskampagne „Zähne zeigen“

Die Kassenzahnärztliche Bundesvereinigung (KZBV) startet gemeinsam mit allen zahnärztlichen Körperschaften die Kampagne „Zähne zeigen“. Diese setzt auch lokale Schwerpunkte. Gerade in Zahnarztpraxen Mecklenburg-Vorpommerns wird das jetzt sichtbar werden.

Im Oktober 2022 setzte Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach das GKV-Finanzstabilisierungsgesetz (GKV-FinStG) im Bundestag durch. Ziel dieses Gesetzes ist es, die nicht durch die Zahnärzteschaft verursachten zunehmend wachsenden Finanzlöcher in der gesetzlichen Krankenversicherung zu stopfen. Gespart wird aber vor allem auf Kosten der Gesundheit der Patientinnen und Patienten in Deutschland: Durch die mit dem Gesetz eingeführte strikte Budgetierung stehen den Praxen weniger Mittel für zahnärztliche Leistungen zur Verfügung. Besonders betroffen davon ist auch die erst im Juli 2021 in die Versorgungslandschaft gebrachte neue präventionsorientierte Parodontitistherapie.

Die Bundeskampagne richtet sich gegen die Gesundheitspolitik von Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach, die auch die Gefahr von Praxisschließungen in sich trägt. Darüber hinaus bedeutet die Budgetierung eine Verknappung von Ressourcen für die Heilbehandlung von Patienten. Erstmals sollen – deutschlandweit – die Zahnärzteschaft, Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, Patientinnen und Patienten an einem Strang ziehen und sich gemeinsam dagegen zur Wehr setzen.

Mit verschiedenen Aktionen und Plakaten soll Druck auf die Bundes- und Landespolitik ausgeübt werden. Zentrale Anlaufstelle der Kampagne „Zähne zeigen!“ ist dabei die Website www.zaehnezeigen.info, auf der sich Patientinnen und Patienten ebenso wie Praxismitarbeiterinnen und Praxismitarbeiter über die drohenden Folgen für die Patientenversorgung informieren können. Zudem ruft die Webseite Patientinnen und Patienten dazu auf, sich in den nächsten Wochen und Monaten direkt an ihre regionalen Abgeordneten und politischen Entscheidungsträgerinnen und Entscheidungsträger auf Landes- und Bundesebene zu wenden. So soll darauf hingewiesen werden, dass die Kostendämpfungspolitik der Patientenversorgung schadet und ein Ende finden muss.

Wer in den nächsten Wochen einen Termin bei seiner Zahnärztin oder seinem Zahnarzt hat, wird viele Poster, Postkarten, Praxisaufsteller und Buttons bemerken, die mit Slogans wie „Diagnose Sparodontose“, „Versorgung örtlich betäubt“ oder „Von dieser Gesundheitspolitik bekommt man Zahnfleischbluten, Herr Lauterbach“ auf die aktuellen Versorgungsprobleme hinweisen. Und wer dann sein Handy zückt und auf einen der zahlreichen QR-Codes klickt, landet direkt auf der Kampagnenwebsite.

Flankiert werden diese Maßnahmen zusätzlich von Social-Media-Aktionen auf Twitter und Instagram, bei denen unter dem Hashtag #zähnezeigen Bilder von Gebissen aufmerken lassen und auf die Aktion hinweisen.

In Zukunft sollen die Zähne also nicht zusammengebissen werden; sie sollen gezeigt werden. –
Damit die Politik sich endlich bewegt!

Für Rückfragen:

Dr. Jens Palluch, Stellv. Vorstandsvorsitzender der KZV M-V, Wismarsche Straße 304, 19055 Schwerin, Tel. 0385 / 54 92 124, Fax: 0385 / 54 92 499, E-mail: dr.jens.palluch@kzvmv.de

Kassenzahnärztliche Vereinigung Mecklenburg-Vorpommern (KZV M-V)

Die Kassenzahnärztliche Vereinigung vertritt die politischen Interessen der ca. 1.240 Zahnärzte in Mecklenburg-Vorpommern. Sie stellt die ambulante zahnmedizinische Versorgung der 1,5 Millionen gesetzlich Krankenversicherten in Mecklenburg-Vorpommern sicher. Die KZV schließt mit den Verbänden der gesetzlichen Krankenkassen und anderen Sozialversicherungsträgern Vereinbarungen, beispielsweise zur Honorierung der Zahnärzte und zum Leistungsspektrum der gesetzlichen Krankenkassen. Die KZV M-V ist eine Körperschaft des öffentlichen Rechts. Mehr Informationen unter: www.kzvmv.de.